



Sieben mobilfunkkritische Initiativen haben sich in einer "Offenen Anfrage" an die Landtagskandidaten ihres Wahlkreises Waiblingen (Rems-Murr-Kreis) gewandt. Sie wollten u.a. wissen, ob sich die Kandidaten im Falle ihrer Wahl im Landtag für eine Änderung der Landesbauordnung hin zu einer verbindlichen Mitbestimmung bei Mobilfunkantennen-Standorten seitens der Kommunen und Bürger einsetzen werden oder ob sie z.B. dafür eintreten, an Schulen auf WLAN zu verzichten und nur kabelgebundene Internet- und Kommunikationssysteme zuzulassen.

### **Im Folgenden die Auswertung der Antworten,**

- zur Kenntnis an alle Mitglieder der an der Umfrage beteiligten mobilfunkkritischen Initiativen  
In Waiblingen: Initiative Beinstein e.V. / IG Mobilfunk e.V. Ortsgruppe Hohenacker / Löwenzahn e.V. - Neustädter Mobilfunkinitiative / Bürgerinitiative Mobilfunk – Waiblingen -Kernstadt e.V.  
In Schwaikheim: Bürgerinitiative Schwaikheim e.V.- Ortsgruppe im Mobilfunk Bürgerforum  
In Leutenbach: Ortsgruppe im Mobilfunkforum e.V. - Strahlungsarm in die Zukunft
- zur Kenntnis an die Presse
- sowie zur Kenntnis an die Bürgermeister und Ortsvorsteher der Städte Waiblingen und Winnenden und der Gemeinden Korb, Schwaikheim und Leutenbach.

Wir danken folgenden Landtagskandidaten des Wahlkreises Waiblingen (Rems-Murr-Kreis), die bis dato (14.03.2011) auf unsere „Offene Anfrage zum Problemfeld Mobilfunk“ vom 17.02.2011 geantwortet haben. Es sind dies:

- **Thomas Bezler (Die Violetten)**
- **Reinhard Neudorfer (Linke),**
- **Willi Halder (Grüne),**
- **Katrin Altpeter (SPD),**
- **Uwe Olschenka (ÖDP) und**
- **Ulrich Goll (FDP).**

Nennung in der Reihenfolge der Antworteingänge. Die Parteien Die Violetten und ÖDP waren nicht direkt angefragt, da wir uns zunächst auf die im Bundestag bzw. in anderen Landtagen bisher vertretenen Parteien beschränkt haben, wollen die Antworten jedoch nicht außen vor lassen (die ÖDP ist im Kreistag des Rems-Murr-Kreises vertreten).

### **Keine Antwort eingegangen ist von Matthias Präfroch (CDU).**

Wir hatten um klare, kurze Antworten gebeten, ein Ansinnen, dem nicht immer Folge geleistet wurde.

Der Kandidat der Grünen, Willi Halder, antwortete anhand einer umfangreichen Stellungnahme zum Problemkreis Mobilfunk, verfasst von Gisela Splett, z.Zt. umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag. Willi Halder teilt mit, dass er in Sachen Mobilfunk noch Laie sei, jedoch die Position der Grünen im Landtag vertreten und gegebenenfalls neue Aspekte seitens unserer mobilfunkkritischen Initiativen in die Partei tragen werde. Wir haben die Stellungnahmen der Grünen ausgewertet und geben diese im Folgenden als Kurzantwort wieder.

Der Kandidat der FDP, Prof. Dr. Ulrich Goll, beantwortete unsere Fragen mit einem längeren Statement. Wir haben versucht, daraus Antworten auf unsere Fragen herauszufiltern.

Wenn die Kandidaten keine Kurz-Antworten geben konnten oder wollten und längere Antworten für notwendig hielten, haben wir uns erlaubt, jeweils im Anschluss daran eine Kurz-Gegenrede unserer Initiative anzufügen.

## Die Fragen und ihre Antworten:

**Wir wollten von den Landtagskandidaten wissen, ob Sie sich im Falle Ihrer Wahl im baden-württembergischen Landtag für die Änderung der Landesbauordnung einsetzen werden, und zwar dahingehend,**

**1.) dass jeder Mobilfunkmast einer strengen baurechtlichen Genehmigung bedarf,**

**Antworten:**

Die Violetten: **Ja!**

Linke: **Ja!**

Grüne: **Ja!**

SPD: **Ja.** Mobilfunkmasten dürfen nur da aufgestellt werden, wo die Belastungen für die Bevölkerung und das Stadt- bzw. Landschaftsbild möglichst gering sind.

ÖDP: **Ja,** dies ist schon lange eine Forderung der ÖDP

FDP: **Nein.** „Eine solche Genehmigungspflicht würde dem von uns verfolgten Ziel einer Vereinfachung der Verfahren in der Landesbauordnung zuwiderlaufen.“

**2.) dass es ein zwingendes Mitsprache-Recht für die Kommunen bei der Standortwahl von Mobilfunk-Sendeanlagen gibt,**

**Antworten:**

Die Violetten: **Ja!**

Linke: **Ja!**

Grüne: **Ja!**

SPD: **Ja.** Kommunen müssen bei der Auswahl der Standorte beteiligt werden. „Dafür habe ich mich bereits in der zurückliegenden Legislatur, z.B. in Waiblingen-Neustadt eingesetzt.“

ÖDP: **Ja,** es kann nicht sein, dass Mobilfunkbetreiber Antennen ohne Mitspracherecht aufstellen dürfen, deshalb ist die baurechtliche Genehmigung wichtig.

FDP: Verweis auf ein bereits bestehendes Mitspracherecht, auf die Freiwilligkeits-Vereinbarung zwischen Kommunen und Mobilfunkbetreibern über eine Vorab-Information an die Kommunen bei neuen Antennenanlagen. Hierdurch hätten die Kommunen die Möglichkeit, „auf die weitere Ausbauplanung Einfluss zu nehmen“.

**Kurz-Gegenrede unserer Initiative:** Es handelt sich nicht um eine rechtlich verbindliche Mitsprachemöglichkeit, sondern um eine gut gemeinte Vereinbarung. In der Praxis zeigt sich nur allzu oft, dass sowohl Einsprüche der Kommunen als auch etwaige neue Standortvorschläge der Kommunen oder der Bürgerinitiativen von den Mobilfunkbetreibern nicht akzeptiert werden und diese - weil rechtlich „am längeren Hebel“ - ihre Planungen rücksichtslos durchsetzen.

**3.) dass die Zusammenballung von mehreren Antennen und mehreren Betreibern ausgeschlossen wird**

**Antworten:**

Die Violetten: **Ja!**

Linke: **Ja!**

Grüne: Vorrang hat immer die Strahlenminimierung. Durch die gemeinsame Netznutzung der verschiedenen Anbieter könnten Antennenstandorte verringert werden.

**Kurz-Gegenrede unserer Initiative:** Das könnte zwar für manche Standorte außerhalb bewohnter Gebiete ein denkbarer Weg sein, doch wirft die enorme Zunahme der drahtlosen Übertragung in Umfang und Anzahl in vielen Gemeinden jetzt die Frage auf, ob nicht gerade ein Mehr an Antennen paradoxerweise die jeweils geringere Strahlenbelastung für die Anwohner bedeutet (um uns Bürgern damit zumindest noch den strahlungsfreien Schlafbereich, sprich: einen Regenerationsbereich, zu ermöglichen).

SPD: **Nein und Ja.** Eine Bündelung muss nicht zwingend schlecht sein. Hier muss jeder Einzelfall gesondert geprüft werden.

ÖDP: Ich war bisher der Ansicht, dass eine Reduzierung von Standorten durch die Konzentration von Antennen an einem Standort besser wäre. Sollte dies aber aus gesundheitlicher Sicht schlechter sein als die Verteilung der Antennen, dann wäre ich gegen eine Zusammenballung. **Ja.**

FDP: **keine Aussage**

#### 4.) dass die Bevölkerung Mitsprache-Rechte bei der Auswahl von Sendestandorten hat.

##### Antworten:

Die Violetten: **Ja!**

Linke: **Ja!**

Grüne: **Ja!**

SPD: **Ja.** Bürger müssen bei der Auswahl der Standorte beteiligt werden. „Dafür habe ich mich bereits in der zurückliegenden Legislatur, z.B. in Waiblingen-Neustadt eingesetzt.“

ÖDP: **Ja**, selbstverständlich. Eine Akzeptanz von Antennenstandorten hängt von der Mitsprache der Bevölkerung ab.

FDP: Nachbarn können in der Umgebung des geplanten Standorts ihre Einwände bereits jetzt sowohl bei genehmigungspflichtigen als auch bei genehmigungsfreien Mobilfunkantennen gegenüber der zuständigen Baubehörde geltend machen und ggf. gerichtlich durchsetzen.

**Kurz-Gegenrede unserer Initiative:** Dies ist nur eine theoretische Formulierung. In der Praxis zeigt sich, dass Einsprüche gegen die Pläne der Mobilfunkbetreiber ohne Chancen sind.

#### Wir wollten von den Landtagskandidaten ferner wissen, ob Sie sich im Landtag dafür einsetzen werden,

#### 5.) dass in Schulen und Kindergärten keine WLAN-Netze, sondern kabelgebundene Internet- und Kommunikationsverbindungen zur Anwendung kommen,

##### Antworten:

Die Violetten: **Ja**

Linke: **Ja.**

SPD: **Ja (und nein).** Der Einsatz von WLAN-Netzen in Schulen bedarf in der Tat einer eingehenden Prüfung, da Kinder sich nicht wehren können. Zudem ist ein WLAN-Zugang (zumal wenn er ungeschützt wäre) in Bildungseinrichtungen aus pädagogischer Sicht nicht sinnvoll und kabelgebundene Zugänge wesentlich leichter zu kontrollieren. Trotzdem kann auch hier im Einzelfall ein drahtloser Zugang die bessere Lösung darstellen.

ÖDP: **Ja**, denn WLAN-Netze strahlen oftmals stärker als Mobilfunkantennen.

Grüne: **Ja**, fordern die „Sicherstellung einer kabelgebundenen Grundversorgung“

FDP: „Aus Gründen der Vorsorge muss jedes Strahlenrisiko für Kinder und Jugendliche weitestgehend minimiert werden. Auch die Schulen tragen hierbei eine besondere Verantwortung. Nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft und der derzeit bestehenden Empfehlung des Bundesamtes für Strahlenschutz sind durch WLAN bei Einhaltung der Grenzwerte für die sog. Spezifische Absorptionsrate (SAR) keine Gesundheitsbeeinträchtigungen zu erwarten. Die Strahlenexposition ist dabei im Bereich eines WLAN-Netzes wesentlich geringer als etwa beim Gebrauch eines Mobiltelefons. Da an Schulen die Nutzung von Mobiltelefonen in der Regel nicht gestattet ist, fällt hierdurch eine bedeutende Strahlungsquelle fort. Zudem basieren die Computernetzwerke an Schulen derzeit ohnehin zumeist auf herkömmlichen Kabelverbindungen.“

##### **Kurz-Gegenrede unserer Initiative:**

- Der Verweis auf die „Einhaltung der Grenzwerte“ ist unhaltbar: die in Deutschland geltenden Grenzwerte sind a) viel zu hoch und b) beziehen diese sich nur auf die thermischen Reaktionen von Hochfrequenzstrahlung; Ärzte, Wissenschaftler und Baubiologen verweisen jedoch auf die athermischen Reaktionen, die bereits bei einer minimalen Erhöhung der natürlichen Strahlungswerte bei Menschen, Tieren und Pflanzen zu beobachten sind und für deren gesundheitsschädigende Wirkungen es bereits konsistente Hinweise gibt. Die gesundheitlichen Gefährdungen selbst von niedrigen Hochfrequenzstrahlungswerten (von denen wir in Deutschland millionenfach entfernt sind!) sind in ihrer Gänze bisher weder untersucht noch abgeschätzt worden.
- Selbst wenn an manchen Schulen die aktive Nutzung von Mobiltelefonen nicht gestattet ist – auch ein auf „stumm“ geschaltetes Handy strahlt!
- Mitglieder unserer mobilfunkkritischen Initiativen berichten immer wieder von kabellosen Kommunikationssystemen in Schulen.

**6.) dass diese Maßgabe (kabelgebundene Kommunikationssysteme) auch für öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen, Rathäuser und andere Verwaltungsgebäude gelten soll,**

**Antworten:**

Die Violetten: **Ja**

Linke: **Ja**

Grüne: fordern die „Sicherstellung einer kabelgebundenen Grundversorgung“

SPD: **Nein**. In öffentlichen Gebäuden hingegen wird der drahtlose Zugang von immer mehr Menschen genutzt. Gerade in Bibliotheken, in denen z.B. Studenten mit ihrem eigenen Laptop arbeiten wollen, ist ein WLAN-Anschluss meiner Ansicht nach sinnvoll.

**Kurz-Gegenrede unserer Initiative:** Es geht um den Schutz vor Strahlung sowohl für die Beschäftigten als auch für die Nutzer der Einrichtungen. Jeder Laptop hat auch ein Verbindungskabel, das – sind die Anschlüsse vorhanden – genutzt werden könnte.

ÖDP: **Ja**, dann sollten dort aber auch genügend kabelgebundene Anschlüsse mit Anschlusskabel vorhanden sein.

FDP: **keine Aussage**

**7.) dass eine umfangreiche und industrieunabhängige Information der Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken der Mobilfunktechnologie stattfindet,**

**Antworten:**

Die Violetten: **Ja**

Linke: **Ja**

Grüne: **Ja**

SPD: **Ja**. Dies ist allerdings schon heute gegeben. „Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag und die Öffentlichkeit regelmäßig über Forschungsergebnisse zum Mobilfunk. Diese Berichte sind für jeden zugänglich auf der Homepage des Bundestages abrufbar. (...) Die Verbreitung dieser Information liegt allerdings auch in den Händen eines jeden Einzelnen. Neben der Bringschuld der Politik auf diesem Gebiet besteht hier meiner Ansicht nach auch eine Holschuld der interessierten Bürgerschaft.“

**Kurz-Gegenrede unserer Initiative:**

- Bei den Forschungsergebnissen der Bundesregierung handelt es sich um keine industrieunabhängige Forschung! Die Mobilfunkindustrie zahlt und „forscht“ mit!
- „Bringschuld der Politik“ und „Holschuld der Bürgerschaft“ - dies sind Allgemeinplätze! Es geht um den Inhalt: Wer forscht im Auftrag von wem? Wer informiert mit welchen Interessen? Und in Anbetracht zahlreicher mobilfunkkritischer Bürgerinitiativen von „Holschuld“ zu sprechen, bedeutet, diese zu negieren.

ÖDP: **Ja**, auf jeden Fall. Da aber Gesetze von Parteien gemacht werden wäre es auch wichtig, dass die Parteien neutral gegenüber der Mobilfunkindustrie eingestellt wären.

FDP: **keine Aussage**

**8.) dass diese Information vor allem auch an Schulen und Kindergärten geleistet wird, um damit Kinder und Jugendliche vor einem sorglosen Umgang mit Handy und WLAN zu schützen.**

**Antworten:**

Die Violetten: **Ja**

Linke: **Ja**. Zusatzbemerkung: die Einflussmöglichkeiten seitens der Schule stoßen wohl an Grenzen, hier sind auch die Eltern mit einer notwendigen Vorbildfunktion gefordert.

Grüne: **Ja**

SPD: **Keine konkrete Aussage**.

FDP: **keine Aussage**

Verantwortlich i.S.d.P. für die Auswertung der Anfrage: Ruth Messer

Initiative Korb – Bürger für eine strahlungsärmere Zukunft

Vorstand: Ruth Messer Maybachstraße 5 71404 Korb Telefon 07151-30 59 82 • Birgit Kofler Rosenstr.24 71404 Korb • Heidrun Jank Dieselstr. 10 71404 Korb • Patricia Strebel Siemensstr. 12 71404 Korb

www.initiative-korb.de • E-Mail [initiative-korb@web.de](mailto:initiative-korb@web.de)

- Seite 4 -